

werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen

W. Bosse,

Haasestein & Vogler A.-G.
S. C. Hanke & Co.,
Invalidentank.Berantwortlicher Redakteur:
W. Braun in Posen.Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Bemspred-Anschluß Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

J. 285

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich sonst zwei, an Sonn- und Feiertagen jedoch nur zwei Mal, zu Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierthalb Schilling, 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabekassen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 23. April.

1896

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom 22. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Vereinbarung gestattet.)

Der Gesetzentwurf, betr. die Ergänzung der Städteordnung für Westfalen und die Rheinprovinz wird in erster und zweiter Berathung ohne Debatte erledigt.

Es folgt die dritte Berathung des Lehrerbefolgsge-
setzes.

In der Generaldebatte führt

Abg. Rintelen (Ctr.) aus, daß ein großer Theil seiner Freunde das Gesetz für verfassungswidrig halte. Zunächst trifft dieser Vorwurf den Paragraphen 25. Nach Artikel 25 der Verfassung hat der Staat nur da eine Beihilfe zu leisten, wo ein wirkliches Bedürfnis vorliegt und das Unvermögen der Gemeinden konstatirt ist. Im Uebrigen ist die Schulunterhaltungspflicht Sache der Gemeinden. Das Centrum hat gegen das Gesetz von 1888 aus Verfassungsbedenken gestimmt und vertritt auch heute noch diesen Standpunkt. Nach Artikel 26 der Verfassung sollen bis zum Erlass eines allgemeinen Schulgesetzes die bestehenden Bestimmungen erhalten bleiben. Also auch nach diesem Artikel ist das vorliegende Gesetz verfassungswidrig, da es ja nicht das ganze Unterrichtswesen, sondern nur die Befolgsburg der Lehrer regelt. Auch diejenigen mehrere Freunde, die das Gesetz nicht für verfassungswidrig halten, erkennen trotzdem die Berechtigung unserer Bedenken an. Deshalb habe antragen wir, nachdem das Gesetz in dritter Berathung angenommen ist, auf Grund des § 107 der Verfassung nach einem Zeitraum von drei Wochen noch eine vierte Berathung. (Vorfall im Centrum.)

Minister Dr. Bosse bestreitet, daß das Gesetz verfassungswidrig sei, auch die Kommission sei nach eingehender Berathung nicht zu der Überzeugung gelangt, daß hier eine Verfassungsänderung nötig sei.

Abg. v. Heydebrand (kons.): Meine Freunde werden mit wenigen Ausnahmen für die Bevölkerung in zweiter Berathung stimmen. Was den Antrag Sattler anlangt, so hat der Finanzminister noch keine bestimmte Erklärung abgegeben, daß er diesem Antrag zustimmt, es wäre auch wunderbar, wenn er seine früheren Erklärungen widerrufen würde. Nachdem sich in der zweiten Berathung eine so große Mehrheit für das Gesetz gefunden hat, können wir doch mit Rücksicht auf eine Minorität unsere Ansicht nicht ändern. (Vorfall links) Wir bestreiten, daß die Städte durch das Gesetz in ungerechter Weise benachtheitigt werden, dagegen legt das Gesetz dem platten Lande schwere Lasten auf. (Vorfall links.) Die Städte können jetzt sehr wohl größere Schullaufosten tragen, nachdem ihnen durch die Zuweisung der Realsteuern große Mittel zugeslossen sind. Der größte Theil meiner Freunde thut die Bedenken des Abg. Rintelen nicht und hält es für durchaus zulässig, auch ohne ein allgemeines Schulgesetz in dringenden Notfällen schon einzelne Materien vorher zu regeln. Die Beschlüsse der Kommission halten wir für eine Verbesserung der Vorlage, während der Antrag Sattler eine Verschlechterung bedeutet. Wir halten es auch sozialpolitisch nicht für richtig, die großen Städte, die größeren Verkehrscentren, wo sich das Kapital immer mehr konzentriert, noch mehr zu begünstigen. Die Regierung weiß, daß sie bei diesem Gesetz die Majorität hinter sich hat, möge ihm dies Bewußtsein den Mut geben, auch an größere Aufgaben auf dem Schulgebiet heranzugehen. (Vorfall rechts.)

Abg. Sack (kons.) vertreibt den Standpunkt der konservativen Minorität, die der Meinung ist, daß der § 25 allerdings der Verfassung widerspräche. Deshalb könne er nur für das Gesetz stimmen, wenn die verfassungsmäßigen Formen gewahrt bleibent.

Abg. Frhr. v. Bieditz (freikons.) kann die Bedenken, daß hier eine Verfassungsänderung vorliege, nicht teilen. Die Abstimmung über die Resolution, die die Regierung aufforderte, ein allgemeines Schulgesetz vorzulegen, würde ja zeigen, daß die Majorität nicht in allen Fragen homogen ist. Doch würden seine Freunde auch bei größeren Aufgaben auf dem Gebiete des Schulwesens mitwirken, unter der Voraussetzung natürlich, daß das Prinzip der staatlichen Autorität voll gewahrt wird. Ein Theil seiner Freunde sei gegen den Ausgleichsfonds gewesen und habe deshalb für den Antrag Sattler in zweiter Berathung gestimmt. Die Art und Weise aber, wie dieser Antrag noch immer vertreten würde, habe es der Regierung unmöglich gemacht, ihm zuzustimmen, und deshalb würden die Freikonservativen jetzt für die Kommissionsbeschlüsse und gegen den Antrag Sattler stimmen.

Abg. v. Papenheim (kons.): Ich und ein Theil meiner Freunde wird gegen das Gesetz stimmen, weil durch dieses eine erhöhte Belastung der Gemeinden herbeigeführt und andererseits der Erlass eines allgemeinen Schulgesetzes in unabsehbare Ferne gerückt wird.

Abg. Pleß (Ctr.) erklärt sich gegen den § 25, da dieser die größeren Städte in ungerechter Weise benachtheite. Werde dies Gesetz angenommen, so sei auf ein allgemeines Schulgesetz gar nicht zu rechnen.

Abg. Dietrich (Ctr.): Die Stellung unserer Fraktion ist noch dieselbe wie in zweiter Berathung, die Wehrheit von uns teilt die vorgebrachten Bedenken nicht und wird für die Kommissionsberathung stimmen. Wir halten an den Kommissionsbeschlüssen fest, auch wenn die Regierung sich für den Antrag Sattler erklären sollte.

Abg. v. Eynern (nl.): Auch meine Freunde haben vereinzelt Verfassungsbedenken gehabt, die aber gewunden sind, da schon analoge Gesetze von beiden Häusern angenommen sind. Das Gesetz hat so viele Vorteile, daß wir das Scheltern derselben bedauern würden. Wir haben deshalb den Antrag Sattler nochmals eingebracht, wir verlangen nicht, daß die konservative Partei aus Gewißheit uns zustimmt, sondern wir hoffen, daß unsere Gründe sie von der Notwendigkeit unseres Antrags überzeugen werden. Schon 1889 ist die mechanische Form der Unterstützungen großen Bedenken begegnet, und nur Finanzrätschen haben eine Aenderung des Un-

rechts, das den großen Städten geschah, verhindert. Das Gefühl des Unrechts war nicht nur in der Bevölkerung maßgebend, sondern auch in der Regierung wie aus einer Aeußerung des Finanzministers an die Dortmunder Lehrerbewilligung hervorgeht. Jetzt soll nun das Unrecht noch vergrößert werden. Wenn man den Städten glaubt das abnehmen zu können, was sie scheinbar zuviel bekommen haben, so muß doch erst der Beweis erbracht werden, daß sie durch die Steuerreform so sehr begünstigt sind. Der Dispositionsfonds von 1½ Millionen soll verhältnisweise nach Gutbünt den Minister. Da können, selbst wenn die Minister nach bestem Wissen und Gewissen urtheilen, doch große Ungerechtigkeiten mit unterlaufen. In den Bestimmungen des Gesetzes liegt kein System und keine Ordnung. Selbst den Städten, die nur deshalb eine größere Einwohnerzahl haben, weil die Arbeiter sich in Industriezentren zusammendrängen, soll die bisherige Unterstützung entzogen werden! Sie werden niemals in den großen Städten den Stachel beseitigen, den dieses Gesetz zurück läßt. Wenn Sie Berlin die bisherige Unterstützung von 900 000 Mark entziehen, so wird das Volksschulwesen darunter leiden. (Vorfall links, Widerspruch rechts), und diesen Schaden wird jeder Arbeiter empfinden. Die Finanzverhältnisse des Landes sind so gut, daß der Minister ganz auf die 1½ Millionen mehr opfern kann. Lassen Sie kleine Empfehlungen bei Seite, vergessen Sie die Vergangenheit und stimmen Sie unserem Antrage zu, damit das Gesetz zu stande kommt. (Vorfall links.)

Minister Dr. Bosse: Wenn in der zweiten Berathung so sachlich debattiert wäre, wie heute, so wäre eine Verständigung wohl möglich gewesen. (Oho! links.) Die Regierung ist keinen Augenblick im Zweifel gewesen, daß den großen Städten kein Unrecht geschieht, sondern nur ausgleichende Gerechtigkeit geübt wird. (Vorfall rechts.) Durch die Steuerreform haben die Bewohner großer Städte Vortheil, ich selbst zähle seitdem z. B. weniger und kenne noch viele andere, die in derselben Lage sind. Wir wissen es entschieden zurück, daß wir den Städten ein Unrecht haben thun wollen oder thun. Es handelt sich um ein Werk des Friedens, dessen Zustandekommen wir am liebsten in Einmuthigkeit gesehen hätten, ohne daß bedeutende Korporationen dadurch bestimmt wurden. Die Finanzverwaltung ist ja durch den Dispositionsfonds entgegengesommen, die Städte werden dadurch nicht benachtheitigt, und das Schulwesen wird sich nicht darunter leiden. Hätte das Haus den Antrag Sattler in zweiter Berathung angenommen, so hätte die Regierung ihm vielleicht zugestimmt, heute aber müssen wir unseren prinzipiellen Standpunkt wahren. Ich hoffe, daß das Gesetz dem Lande zum Segen gereicht.

Abg. v. Knapp (nl.): Seit dem Gedächtnis Volkschulgesetzentwurf hat kein Gesetz solche Aufregung im Lande hervergerufen, wie das vorliegende. (Widerspruch rechts.) Das Gesetz schafft eine Rechtsunsicherheit jetzt und für die Zukunft. Die Vorlage bedeutet nichts anderes, als daß man aus dem Leibe der großen Städte Riesen für das platte Land schneiden will. Die Industriestädte namentlich sind schon genügend belastet, sodass kein Grund zu neuen Ungerechtigkeiten vorliegt.

Abg. Knörke (fr. Bpt.): Ich habe Namens meiner Freunde folgende Erklärung abzugeben: Wir sind zu unerem großen Bedauern genötigt, diesem Gesetz unsere Zustimmung zu versagen, hauptsächlich weil wir in demselben ein großes Unrecht sehen, das auch durch die Ausführungen des Kultusministers und des Finanzministers nicht bestätigt werden können. Es liegt ferner in der Behandlung der großen Städte, abgesehen von der materiellen Seite, auch eine so weitgehende prinzipielle Bedeutung, daß wir uns nicht entscheiden können, einem Gesetz, das nach unserer Überzeugung ein so großes Unrecht herbeiführt, zuzustimmen. Dazu kommt, daß wir darin auch eine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung des Schulwesens für die großen Städte fürchten, die überaus schwerwiegend ist im Vergleich zu den Verbesserungen, welche das Gesetz einem Theil unserer Lehrerschaft bringt. Es wird meinen Freunden und insbesondere auch mir sehr schwer, gegen das Gesetz stimmen zu müssen; aber wo man ein so großes Unrecht gegen die großen Städte begeht, da sind wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage, eine andere Stellung einzunehmen.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Meine Neuerungen in der zweiten Berathung könnten unmöglich verdeckt werden. Wenn der Abgeordnete von Heydebrand gesagt hat, daß meine scharfen Worte es der Regierung und den Parteien unmöglich gemacht haben, dem Antrag zuzustimmen, so muß ich doch die Regierung und die Parteien davon abweichen, daß sie sich in sachlichen Fragen durch persönliche Gründe leiten lassen. Ich bitte Sie nochmals, fördern Sie das Werk des Friedens und nehmen Sie meinen Antrag an! (Vorfall link.)

Abg. Damask (kons.): Ich wende mich gegen die Auffassung, als ob die großen Städte durch das Gesetz bevorzugt werden.

Abg. Ehlers (fr. Berg.): Wir haben keine Veranlassung, in einen Ton zu verfallen, der an die Zeit Hermanns des Eroberers erinnert. Etwas mehr Höflichkeit wäre angebracht. Ich muß mich wundern, daß sowohl Frhr. v. Bieditz als auch der Kultusminister erklärt haben, daß die beständigen Ausführungen des Abg. Dr. Sattler für sie maßgebend gewesen sind. Es ist doch ganz klar, daß die Konservativen dem Gesetz besonders zustimmen wegen der Behandlung der Städte im Vergleich zum platten Lande. Sie hätten also gegen den Antrag Sattler gestimmt, auch wenn Dr. Sattler so versöhrend und milde gesprochen hätte wie Herr v. Eynern. (Hinterher.) Am liebsten würden es die Konservativen sehen, wenn auch der Dispositionsfonds von 1½ Millionen nicht vorhanden wäre. Vielleicht sieht sich dieser Fonds noch um 1½ Millionen vermehren, damit das Unrecht, das den Städten zugefügt wird, gemildert wird. Ich verzichte darauf, einen solchen Antrag zu stellen, weil ich ihn für aussichtslos halte. Am besten wäre freilich eine Zurückverweisung an die Kommission. Es ist kein Zweifel, daß die Städte benachtheitigt werden, aber das Volkschulwesen wird darunter nicht leiden. So ähnlich sind die Städte nicht. Eine große Erhöhung jedoch wird sicher zurückbleiben. Ich bitte Sie deshalb, nehmen Sie den Antrag Sattler an.

Hiermit schließt die Generaldebatte.

Präsident v. Kölle bemerkt, daß Haus habe dadurch, daß es in die dritte Berathung eingetreten sei, dokumentiert, daß keine Ver-

Inserate, die schriftliche Beiträge über deren Name
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
20 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bewegter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition die
Mittagausgabe 25 Pf. Ihr Formblatt, die die
Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Morgenausgabe 10 Pf. Ihr Formblatt, die die

Vorlesung.) Es wäre Spiegelschreiter, wenn ich versuchen wollte, Ihnen etwas anderes zu sagen. Ich werde die Konsequenzen meines Verhaltens vollkommen ziehen. Ein guter Schritt ist mit dem heutigen beschlossener Gesetz getan, mit dem Sie den Lehrern einen großen Gefallen getan haben. Ich fühle mich geneigt, allen Parteien des Hauses meinen wärmsten Dank dafür auszusprechen.

Ein Verteilungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Wickert (Bis. Bergg.): Die Rechte, der schon auf dem Gebiet der Verwaltung über Gefallen gethan wird, ist gar nicht zu schließen zu stellen. Jetzt wollen Sie sogar der kulturellen Entwicklung Fügel anlegen. (Lachen rechts.) Das Gedächtnis Gesetz hat zwei Minster gefürzt; wenn die Regierung Ihnen jetzt folgen wollte, so würde das ja zur reinen Regierungskarriere führen. (Lachen rechts.) Dies Minister möge nur ein solches Gesetz kurz vor den Wahlen einbringen; dann würde man ja sehen, wie daselbe auf das Volk wirkt. Das ganze Land würde aufgerüttelt werden vor der schaffen Haltung, in der es sich jetzt befindet. (Beifall links.)

Ein erneuter Verteilungsantrag des Abg. v. Eichner wird wiederum von der aus den Konservativen und dem Centrum bestehenden Mehrheit abgelehnt.

Abg. Dr. Pöschl (Ctr.) erklärt, daß seine Partei einmütig für die Resolution stimmen wird. Die Beziehungen drängen mehr und mehr zu der Einbringung eines Volkschulgesetzes.

Abg. v. Eichner (nl.) wiederholt seinen Antrag auf Verteilung, damit nicht die Minorität verhindert wird, über eine so wichtige Frage sich eingehend zu äußern. Er beantragt zugleich, über den Verteilungsantrag unentheillich abzustimmen.

Vizepräsident Frhr. v. Heereman (fl.) erklärt das für geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig.

Der Antrag auf Verteilung wird hinaus abgelehnt.

Abg. Frhr. v. Bedlik (fl.) erklärt, daß er nur dann für die Resolution stimmen könne, wenn der freikonservative Antrag angenommen würde.

Hierzu wird die Debatte geschlossen. Vor der Abstimmung verlassen die Nationalliberalen und beide freisinnigen Parteien mit wenigen Ausnahmen den Saal.

Das Amendeamente Bedlik wird gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt; die Abstimmung über die Resolution ist eine namentliche, es werden abgegeben 252 Stimmen, und zwar stimmen 219 Mitglieder mit Ja, 43 mit Nein, die Resolution ist also angenommen.

Damit ist die Tagesordnung eröffnet.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der ersten Beratung der Kreditvorlage.)

Schluß 5½ Uhr.

Prozeß Hammerstein.

(Schluß.)

F. Berlin, 22. April.

Es nimmt nunmehr das Wort Oberstaatsanwalt Dreher: Ich will zunächst bemerken, daß ich mich verantwort lebe, betreffs der Unterschlagung die Anklage fallen zu lassen und wegen dieses Punktes die Freisprechung zu beantragen. Der Angeklagte hat, wie ich mich jetzt überzeugt habe, in diesem Punkte nicht in dolo malo gehandelt. Im Weiteren führe ich zum Verhältnis des Angeklagten an, daß ich in dem Betrug und der Urkundenfälschung nur eine einzige fortgesetzte strafbare Handlung erkläre. Was nun die Straftaten an sich anlangt, so kann es keinen Zweifel unterliegen, daß nicht nur Flinsch, sondern auch das Kuratorium der "Kreuzzeitung" geschädigt worden ist. Die Gelder der "Kreuzzeitung" waren zu dem Zwecke gegeben worden, um die Zeitung fortzuführen. Wer also Gelder aus der "Kreuzzeitung"-Kasse widerrechtlich nahm, hatte sich selbstverständlich eines Diebstahls schuldig gemacht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich der Angeklagte auch im Sinne des Gesetzes des Betruges schuldig gemacht hat. Die Urkundenfälschung liegt klar zu Tage. Ich habe es absichtlich vermieden, gewisse schwierige Dinge zum Gegenstande der Verhandlung zu machen. Ich werde daher von der Erörterung dieses Gegenstandes Abstand nehmen. Allein wenn man die hohen Beträge in Betracht zieht, um die der Angeklagte sowohl die "Kreuzzeitung" als auch Herrn Flinsch geschädigt hat, so wird man dem Angeklagten mildernde Umstände nicht zubilligen können. Was die Urkundenfälschung anbelangt, so muß ich bekennen, der Angeklagte hat durch die Art, wie er den Beugen Flinsch zu bestimmen wußte, ihm 200 000 M. zu leihen, wie ein gewiefter Hochstapler gehandelt. Es wird bei Beurtheilung der Sachlage aber auch außerdem die Persönlichkeit des Angeklagten in Betracht gezogen werden müssen. Der Angeklagte besitzt das volle Vertrauen des Kuratoriums und die weitgehendsten Vollmachten, er hatte die "Kreuzzeitung" nach Innen und nach Außen zu vertreten. Dieses Vertrauen hat er schamlos gemißbraucht. Die "Kreuzzeitung", deren Chefredakteur der Angeklagte war, ist das vornehmste Organ für Ordnung, Sitte und Moral. Der Angeklagte hatte somit eine hohe, stiftliche Aufgabe. Er hat auch so manches Wort für die "Kreuzzeitung" geschrieben und in seiner Eigenschaft als Parlamentarier auch so manches Wort für Religion, Sitte und Ordnung gesprochen. Dieser Mann aber, der deraus schrieb und sprach und in der Öffentlichkeit eine so hervorragende Stellung bekleidete, hat sich als gewöhnlicher Heuchler erwiesen. Ich bedaure, dem Angeklagten diesen Vorwurf machen zu müssen. Ein solcher Mann verdient keine Milde. Ich beantrage gegen den Angeklagten 4 Jahre Buchthalte, 2000 Mark Geldstrafe, event. noch 400 Tage Buchhaus und da die Handlungswelle des Angeklagten eine ehrlose war, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren zu erkennen.

Der Bertheildiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt sucht zunächst den Nachwiger zu führen, daß die "Kreuzzeitung" nicht betrogen sein könne, da eine greifbare Person, der dieselbe gehöre, nicht vorhanden sei. Der § 283 des Strafgesetzbuches verlange eine physische Person, die geschädigt worden sei. Zweifellos habe sich aber der Angeklagte der Urkundenfälschung schuldig gemacht. Man werde jedoch dabei in Betracht ziehen müssen, daß der Angeklagte nicht durch sein Verstehen und auch nicht durch Wohlleben in einer Notlage in eine Notlage gezwungen sei, die ihn vor die Alternative stellte: entweder seine Stellung zu verlieren, seine Partei und die von ihm geleitete Zeitung zu schädigen, oder zu dem Verbrechen seine Zuflucht zu nehmen. Der Angeklagte habe dabei auch nicht im schlimmsten Sinne des Wortes gehandelt, sodaß er die Bezeichnung "gewiefter Hochstapler" nicht verdiente. Der Angeklagte habe jedenfalls in dem Glauben gehandelt: er werde im Stande sein, die Sache sehr bald wieder gut zu machen. Auch die Bezeichnung "Heuchler" müsse er (Bertheildiger) zurückweisen. Der Angeklagte sei bis zum Jahre 1890 zweifellos ein sehr anständiger Mann gewesen. Wenn er alsdann gestrauchelt sei, so seien die mißliche Verhältnisse daran schuld gewesen, in die der Angeklagte gerathen sei. Aus diesem Grunde verdiente derselbe auch nicht die Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, eine Strafe, die den Angeklagten schwerer treffen würde als jeden anderen, da sie ihn aus der bürgerlichen Gesellschaft ausschließen und ihm die Rückkehr zu einem ordentlichen Leben für immer unmöglich machen würde.

Bertheildiger, Rechtsanwalt Räßel I schließt sich im Wesentlichen seinem Mitbertheildiger an. Auch bei schweren Straftaten bei der Richter in der Lage, mildernde Umstände zu bewilligen.

Seien auch die Straftaten schwerer, so sprechen doch bei näherer Prüfung die Thatsachen für mildere Beurtheilung.

Oberstaatsanwalt Dreher: Er wolle nur bemerken, daß es nicht originell sei, dem Angeklagten deshalb mildernde Umstände zu zulassen, weil er den gebildeten Gesellschaftsklassen angehöre. Er sei im Übrigen der Meinung: Der Angeklagte hätte der konservativen Partei und der "Kreuzzeitung" bedeutend weniger geschadet, wenn er seine Vermögenslage offen vorgehant hätte, als daß er zum Verbrechen geprägt habe. Er behauptet: Der Angeklagte sei nicht ohne seine Schuld in Roth gerathen. Der Angeklagte habe auf Befragen, ob er denn nicht mit 12 000 Mark auskommen könnte, geantwortet: nicht mit dem doppelten Betrage könnte ich auskommen. Wie viel, oder besser wie wenig Menschen giebt es denn, die ein jährliches Einkommen von 12 000 Mark haben? Der Angeklagte habe sonach seine Nothlage im Wesentlichen selbst verschuldet.

Der Angeklagte v. Hammerstein, der bei dem Strafantrage des Oberstaatsanwalts freibleibend wurde, bemerkt mit sehr bewegter, mehrfach von Schluchzen unterbrochener Stimme: Wenn der Herr Oberstaatsanwalt sagt: ich habe meine Nothlage selbst verursacht, dann verkennt dieser vollständig die Sachlage. Ich bin von meinem Gute aus ländlichen Verhältnissen mit einer zahlreichen Familie in die Großstadt gekommen. Ich hatte von Anfang an eine aufstrebende Thätigkeit. Ich hatte außerdem eine Präsentationspflicht. Das sind die Ursachen, daß ich mit 12 000 M. nicht auskommen konnte. Jemand eine Verschwendug oder übermäßigen Luxus habe ich nicht getrieben. Ich habe mich vollständig in den Dienst meiner Partei und der von mir geleiteten Zeitung gestellt und habe darüber meine eigenen Angelegenheiten vernachlässigt. Hätte ich mehr als bonus patern familias gehandelt, dann wäre ich jedermann nicht in folge Nothlage gekommen. Wenn der Herr Oberstaatsanwalt sagt: Ich hätte der Partei weniger geschadet, wenn ich mich entdeckt hätte und abgetreten wäre, dann hat er die Sachlage doch nicht mit der nötigen Schärfe begriffen. Die Verhältnisse liegen zur Zeit derartig, daß wenn ich vorsätzlich zusammengebrochen wäre, die konservative Partei heute nicht mehr existiere und die "Kreuzzeitung" ganz unendlich geschädigt worden wäre. Ich habe daher optimistisch den Weg beitreten, auf dem ich leider zum Verbrecher wurde. Ich habe leider einen anderen Ausweg nicht gefunden und war auch der Überzeugung, daß es mir möglich sein werde, die Sache wieder gut zu machen. Was ich gethan, habe ich von Anfang an offen eingestanden. Ich bin leider in einen Abgrund gerathen. (Hier weint der Angeklagte. Nach kurzer Pause fährt er fort): Ich glaube, es war Herr Hofprediger Stöder, der, ohne meinen Namen zu nennen, in einer öffentlichen Versammlung, in Bezug auf mich, von einem unglücklichen Manne sprach. Ich akzeptiere diese Bezeichnung und spreche nur mein Bedauern aus, daß meine politischen Gegner noch, nachdem ich schon am Boden lag, mit Steinen nach mir geworfen haben. Aus ehrloser Gefinnung habe ich nicht gehandelt. Ich muß bekennen, daß mich der Ausdruck "Heuchler" schwer gekränkt hat. Wer wie ich fast 20 Jahre an der Spitze einer großen, einflussreichen politischen Partei gestanden und 14 Jahre lang die größte politische Zeitung Deutschlands geleitet, hat Gelegenheit, hinter die Kulissen zu sehen. Ich habe es aber aus Patriotismus vermieden, über irgendwelche Verhältnisse oder Thatsachen zu sprechen, die der gegnerischen Presse Stoff zu argem Stauden gegeben hätten. Ich habe daher das Vertrauen zu dem hohen Gerichtshof, daß er mir mildernde Umstände bewilligen und das Strafmaß zu bemessen wird, das es mir noch möglich ist, nach beständiger Strafe ein neues Leben zu beginnen. Ich bin bereits ein alter Mann, ich habe das achtundfünfzigste Lebensjahr überschritten, die von dem Herrn Oberstaatsanwalt beantragte Strafe wäre daher für mich gleich einer lebenslänglichen. Ich bin durch die lange Untersuchungshaft lächerlich heruntergekommen, daß ich 4 Jahre Buchhaus nicht überleben würde.

Nach etwa einhalbstündiger Verathung des Gerichtshofes verkündet der Präsident, Landgerichtsdirektor Riedel folgendes Erkenntniß: Der Gerichtshof hat sich vollständig den Anschauungen des Herrn Oberstaatsanwalts angeschlossen. Der Gerichtshof hat in der Art des Antrags der "Deutschen Landwirtschafts-Zeitung" eine Unterschlagung nicht zu erbliden vermocht und daher den Angeklagten von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen. Dagegen ist der Gerichtshof der Meinung, daß der Angeklagte einen Betrug im Sinne des Gesetzes begangen hat. Die "Kreuz-Zeitung" war und ist noch heute eine Aktien-Gesellschaft, sie ist also das Eigentum der Gesamtheit der Aktionäre. Daß noch Aktien vorhanden sind, hat uns der hier als Zeuge vernommene Graf von Lindensteink befunden. Der Angeklagte hat jedenfalls den Dienstanten Malisch durch falsche Vorpiegelungen in den Irrthum versetzt: das Kuratorium habe die höheren Papierpreise bewilligt. Dadurch hat der Angeklagte die Aktionäre der "Kreuzzeitung" in arger Weise geschädigt. Der Gerichtshof erhebt in dem Betrage und Urkundenfälschung nur eine Strafe Handlung. Die Bestrafung mußte erfolgen auf Grund der §§ 267 und 268 Al. 1 des Strafgelebuchs. Der Gerichtshof ist ebenfalls der Meinung, daß der Angeklagte zum großen Theil seine Nothlage selbst verursacht hat. Ein Mann, der mit einer solch großen Schuldenlast eine Stellung antritt, in der er 24 000 Mark Jahresgehalt bezahlt, hätte alles thun müssen, um diese Schulden nach und nach abzutragen. Daran dachte er aber nicht im Geringsten. Und als ihm im Jahre 1885 die Hälfte seines Jahresgehaltes abgezogen wurde, erklärte er, er könne selbst mit dem doppelten nicht auskommen. Der Gerichtshof nimmt dem Herrn Oberstaatsanwalt zu, daß es nur wenige Menschen giebt, die ein Jahreseinkommen von 12 000 Mark haben. Ein übrigen ist der Gerichtshof der Meinung, wenn die konservative Partei vor die Wahl gestellt worden wäre, unterzugehen oder von einem Verbrecher geführt zu werden, sie, wie das wohl alle Parteien, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, gehabt hätten, ohne Bedenken das Erstere gewählt haben würden. Ein ehrenvoller Untergang ist jedenfalls offener Schande vorzu ziehen. Der Angeklagte ist sowohl in der konservativen Partei als auch in der "Kreuzzeitung" viele Jahre last der Alleinherrscher gewesen. Er hat dies große Vertrauen schwer missbraucht. Der Gerichtshof hat außerdem erwogen, daß der Angeklagte anstatt sich einzuschränken, ein Verhältnis unterhielt, das ein schlechtes Licht auf ihn als Ehegatten wirkt. Der Gerichtshof war daher nicht in der Lage, dem Angeklagten mildernde Umstände zu zulassen. Bei der Strafsummierung ist erwogen worden, daß offene Geständnis und daß der Angeklagte es vermeiden hat, Persönlichkeit hier bloß zu stellen. Andererseits ist die Schwere des Verbrechens und die Höhe der Summe erworben und deshalb im Namen des Königs für Recht erkannt worden, daß der Angeklagte Frhr. v. Hammerstein der § 268 Urkundenfälschung und des Betruges, unter Ausschluss mildernder Umstände, schuldig und demgemäß (wie schon telegraphisch gemeldet) mit drei Jahren Buchhaus, 1500 Mark Geldstrafe, event. noch 100 Tagen Buchhaus zu bestrafen und ihm auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abzuerkennen seien. Soweit Freisprechung erfolgt, sind die Kosten der Staatskasse, soweit Beurtheilung eingetreten, dem Angeklagten aufzuerlegen. Ich will bloß noch bemerken, daß der Gerichtshof den Freiherrn v. Hammerstein nicht anders behandeln konnte als den ersten

bekten Steinlopfer. Vor dem Gesetz sind beide gleich. Den Angeklagten trifft noch ein höherer Vorwurf als den Steinlopfer, da jener die höhere Bildung und bessere Erziehung vor diesem voraus hat und auch besser wie dieser wissen muß, was eine ehrlose Handlung ist.

Der Angeklagte, der sichtbar niedergeschlagen aussieht, bemerkt auf Befragung des Präsidenten daß er sich die Erklärung, ob er Revision einlegen werde, vorbehalte. — Das Publizum verläßt in großer Erregung den Saal. Auf Anordnung des Präsidenten wird der Angeklagte erst nach Entfernung des Publizums abgeführt.

Deutschland.

L. C. Berlin, 22. April. [Von der Reichstagssitzung.] In einigen Zeitungen wird mitgetheilt, es bestehe die Absicht, den Reichstag am 15. Mai zu vertagen. Bis dahin solle nichts fertig gemacht werden als die Gewerbe-Novelle, deren dritte Lesung noch aussteht und ein neues Zuckersteuernovelle auf Grund des Antrags Staudey, alles übrige aber, Börsengesetz, Margarinegesetz u. s. w. soll bis zum Herbst hinausgeschoben werden. Nach unseren Erforschungen besteht eine solche Absicht weder in den Kreisen der Regierung noch im Reichstage. Die Hoffnung der Interessenten, ein Zuckersteuergesetz auf der Basis der Beschlüsse erster Lesung zu Stande zu bringen, ist nicht nur nicht ausgegeben, sondern neu belebt durch die Umstimmung, welche während der Osterferien in gewissen Centrumskreisen, anscheinend mit Rücksicht auf die Secessionsdrohungen der rheinischen und schlesischen Nararier eingetreten ist und deren Wirkung auch bei der zweiten Lesung des Börsengesetzes im Plenum hervortreten dürfte. Man erinnert sich, daß in der Kommission die Ablehnung des Verbots des Ternihandelns in Getreide nur mit sehr geringer Mehrheit beschlossen worden ist. Die zweite Lesung des Börsengesetzes im Plenum des Reichstags übrigens wird nach den heute getroffenen Dispositionen, und da die Plenarsitzung am Sonnabend aussfällt, erst Anfang nächster Woche beginnen.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch setzte am Mittwoch die Verathung des dritten Buches (Sachenrecht) fort. Die §§ 1013 bis 1095, welche von dem Rechtsbruch, beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten, dem Vorlaufsrecht und von den Realläden handeln, erfahren keine Veränderung. Bei § 1096 (Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld) entpuppt sich eine längere Debatte über das neue Hypothekenrecht. Von verschiedenen Seiten wurde anerkannt, daß der Entwurf den Bedürfnissen des Realrechts in praktischer Weise Rechnung trage. Staatssekretär Dr. Nieberleittheit mit, daß eine einheitliche Regelung des Börsengesetzes ins Auge gefaßt sei. Die Vorarbeiten dazu seien bereits in Angriff genommen. Einige Änderungsanträge werden abgelehnt und das ganze dritte Buch unverändert genehmigt.

* Bremen, 22. April. Ein Vortrag des Grafen Paul Hönsbroek in einer von 2000 Personen aller Stände besuchten Versammlung machte gestern Abend außerordentlichen Eindruck. Die Versammlung nahm nach der "Nat.-Ztg." eine Resolution an: Die Regierung und Volksvertretung zur Aufnahme eines zielbewußten Kampfes gegen den Ultramontanismus aufzufordern.

Militärisches.

* Personalveränderungen im V. Armeekorps. Eisenhardt, Doerflit, und etatsmäßiger Stabsoffizier des Niederschlesien-Art.-Regts. Nr. 5, zum Kommandeur des 1. Brandenburg. Feld-Art.-Regt. Nr. 3, Kuban, Oberstl. und Abthl.-Kommandeur vom Niederschlesien-Art.-Regt. Nr. 5, zum etatsmäßigen Stabsoffizier ernannt. Glüer, Hauptmann vom 1. Westfäl. Feld-Art.-Regt. Nr. 7 unter Beförderung zum Major, als Abtheilungs-Kommandeur in das Niederschlesien-Art.-Regt. Nr. 5 verlegt. Heyer, überz. Major von der 2. Ing.-Ins., zum Ing.-Offizier vom Blas in Spandau ernannt, gleichzeitig rückt derselbe in die freiwerdende Stabs-Offiziersstelle ein. Riba, Hauptmann von der 2. Ing.-Ins., in das Pommersche Pionier-Bat. Nr. 2 versetzt. Schmeidling, Hauptmann und Komp.-Chef vom Niederschlesien-Blonder-Bat. Nr. 5 in die 2. Ing.-Ins. verlegt. Branns, Pomm.-Lt. vom Niederschlesien-Blonder-Bat. Nr. 5, zum Hauptmann und Komp.-Chef befördert. Dobberbau, Sek.-Lt. von dem Bat. zum Pomm.-Lt. befördert. Kümmeler, Pomm.-Lt. und 2. Offizier des Traindepots des I. Armeekorps, unter Beförderung zum Hauptmann, zum 1. Offizier des Traindepots des V. Armeekorps ernannt. Rudolph, überz. Major, aggr. dem 3. Niederschlesien-Art.-Regt. Nr. 50, als Bat.-Kommandeur in das 2. Magdeburg. Inf.-Reg. Nr. 27 ernannt. Leferlein, Hauptmann vom 3. Polnischen Inf.-Reg. Nr. 58, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der Kommandantur Bösen, zum Komp.-Chef ernannt. v. Brauchitsch, Pomm.-Oberst vom 2. Westpr. Gren.-Reg. Nr. 17, als Adjutant zur Kommandantur Bösen kommandiert. Bistbaum v. Eggersberg, Sek.-Lt. von dem 1. Regiment und kommandiert bei der Unteroffizier-Schule in Biebrach, zum Pomm.-Oberst, befördert. v. Hanstein, überz. Major, aggr. dem 2. Niederschlesien-Art.-Reg. Nr. 47, als Bataillons-Komm. in dieses Regiment einrangt. Leitloß, Hauptmann a. la suite des 2. Pol. Inf.-Reg. Nr. 19 und Komp.-Führer bei der Unteroffiziersschule in Potsdam, als Komp.-Chef in das 2. Magdeburg. Inf.-Reg. Nr. 27 verlegt. v. Buttamer, Major vom 3. Pol. Inf.-Reg. Nr. 58, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der 9. Division, als Bat.-Kommandeur in das 2. Westpr. Grenadier-Regt. Nr. 7 verlegt. Frhr. v. Buddenbrock, Rittm. und Estl.-Chef vom 1. Schlesien-H.-Reg. Nr. 4, als Adjutant zur 9. Division kommandiert. Merck, Br.-Lt. vom 1. Westpreuß. Gren.-Reg. Nr. 6, als Adjutant zur 1. Infanterie-Brigade kommandiert. Schröder, Sek.-Lt. von dem 1. Infanterie-Brigade kommandiert, zum Br.-Lt. befördert. Rauchholz, Hauptmann vom 8. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 61, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei der 17. Infanterie-Brigade, als Kompaniechef in das Inf.-Reg. Nr. 141 verlegt. Klebs, Br.-Lt. vom 1. Ostpreuß. Gren.-Reg. Nr. 1, als Adjutant zur 17. Infanterie-Brigade kommandiert. Frhr. Raith, v. Frey, Sek.-Lt. vom 2. Polen. Inf.-Reg. Nr. 19, als Kompaniechef zur Unteroffizier-Schule in Jülich kommandiert. Treumann, Hauptmann und Kompaniechef vom 1. Schlesien-Jäger-Bataillon Nr. 5, dem Bataillon unter Beförderung zum überzähligen Major aggregiert. Münter, Hauptmann vom 5. Rheinl. Inf.-Reg. Nr. 65, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant bei dem Gouverneur von Wesel, als Kompaniechef in das 1. Schlesien-Jäger-Bataillon Nr. 5 verlegt. v. Hamm, Hauptmann und Kompaniechef vom 2. Polen. Inf.-Reg. Nr. 19, in das Großherzoglich Mecklenburg. Fuß.-Reg. Nr. 90 verlegt. Frhr. v. Flotow, Br.-Lt. vom 5. Thüring. Inf.-Reg. Nr. 94 unter Be-

Verberung zum Hauptmann und Kompaniechef in das 2. Polen. Inf.-Reg. Nr. 19 verlegt. Hansen, Hauptmann und Kompaniechef vom 2. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 47, dem Regiment, unter Beförderung zum überzähligen Major aggregirt. Suder, Hauptmann à la suite desselben Regiments, als Kompaniechef in das Regiment wieder einzangt. Heitz, Hauptmann und Kompaniechef vom 3. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 50, unter Beförderung zum überzähligen Major, als aggregirt zum 4. Ostpreußen. Gren.-Reg. Nr. 5 verlegt. Rödig, Pr.-Lt. vom 3. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 50, zum Hauptmann und Kompaniechef beförder. Hagemann II. Pr.-Lt. vom 6. Rhein. Inf.-Reg. Nr. 68 in das Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 50 verlegt. Bischura, Pr.-Lt. vom 3. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 50, unter Belassung in dem Kommando als Adjutant bei der 20. Infanterie-Brigade und unter Verlegung in das 1. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 43 zum Hauptmann beförder. v. Britzki und Gaffron, Sel.-Lt. vom 1. Schlesischen Dragon. Regiment Nr. 4, zum Preußen-Lieut. beförder. Zu Sel.-Lts. werden beförder: die Portepesähnliche: von Salisch vom 2. Westpr. Gren.-Reg. Nr. 7. v. Unruh, Burdin vom 1. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 46, Kramer, Schraz vom 2. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 47, Wagner, Möwes, Seitz vom 3. Pol. Inf.-Reg. Nr. 58, Müller vom Schleswig-Holsteinischen Train-Bat. Nr. 9, dieser unter gleichzeitiger Verlegung in das Westf. Fuß.-Reg. Nr. 37, Klaus vom Niederschles. Fuß-Art.-Reg. Nr. 5. Zu Portepesähnlichen werden beförder: die Unteroffiziere: v. Brauchitsch (Charakter Portepesähnlich), v. Neuhau vom 2. Westpr. Gren.-Reg. Nr. 7, Illinger vom 1. Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 46, v. Ammon vom 1. Siles. Drag.-Reg. Nr. 4, v. Bonin vom Pol. Ulanen-Reg. Nr. 10, Bodemann vom Niederschles. Pionier-Bat. Nr. 5, Müller vom Niederschles. Pionier-Bat. Nr. 5, Moll, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Belgard zum Sel.-Lt. der Res. des Pol. Feld-Art.-Reg. Nr. 20 beförder, Scholz, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Glogau, zum Sel.-Lt. der Reserve des 2. Polen. Inf.-Reg. Nr. 19, Herbolz, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Polen zum Sel.-Lt. der Reserve des 2. Ostpr. Gren.-Reg. Nr. 3, Schulz, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Polen zum Sel.-Lt. der Reserve des Inf.-Reg. Nr. 140, Salfeld, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Rawitsch, zum Sel.-Lt. der Reserve des 2. Schles. Gren.-Regiment Nr. 11, Brunzel, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Dortmund zum Sel.-Lt. der Reserve des Pol. Feld-Art.-Reg. Nr. 20 beförder. Knöller, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Graudenz zum Sel.-Lt. der Res. des 2. Leib-Husaren-Reg. Kaiser-Nr. 2, Gundwill, Bizefeldmeister vom Landwehrbezirk Wohlau zum Sel.-Lt. der Reserve des 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, beförder. Cüssig, Hauptmann und Kompaniechef vom 3. Pol. Inf.-Reg. Nr. 58 der Abschied mit der gelehrten Perfon und der Erlaubnis zum Tragen der Regiments-Uniform bewilligt. Neumann, Hauptmann von der Inf. 1. Aufseßots (Glogau) der Abschied bewilligt. Daltz, Major und Bat.-Kommandeur vom Niederschles. Inf.-Reg. Nr. 47 in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt. Graf v. Lützow, Mittwochster von der Reserve des Magdeburg. Fuß.-Reg. Nr. 10 (Schroda) der Abschied bewilligt. Kunze, Sel.-Lt. vom Train 2. Aufg. (Neuland o. d.) der Abschied bewilligt.

= Personalveränderungen in der 4. Division. Freiherr v. Sell, Oberst à la suite des 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49 und Kommandant von Thorn, der Charakter als Generalmajor verliehen. Krekner, Oberstleutnant und etatsmäßiger Stabsoffizier des Pomm. Fuß.-Reg. Nr. 34, unter vorläufiger Belassung in d'aler Stellung, zum Obersten beförder. Peters, Sel.-Lt. vom Pomm. Fuß.-Reg. Nr. 34, auf ein Jahr zur Dienstleistung bei der Schlossgarde-Kompanie kommandiert. Boemad, Oberstleutnant und Abteilungs-Kommandeur vom 2. Pomm. Feld-Art.-Reg. Nr. 17, als etatsmäßiger Stabsoffizier in das Schles. Feld-Art.-Regiment Nr. 9 verlegt. Buttge, Hauptmann vom 2. Pomm. Feld-Art.-Reg. Nr. 17, unter Beförderung zum Major, zum Abteilungs-Kommandeur ernannt. Reichenbach, Hauptmann bisher Batt. Chef vom Feld-Art.-Reg. Nr. 36 in das 2. Pomm. Feld-Art.-Reg. Nr. 17 verlegt. v. Velzschmidt, Sel.-Lt. vom 2. Pomm. Feld-Art.-Reg. Nr. 17, zur Dienstleistung bei den technischen Instituten kommandiert. Die Portepesähnliche Schmidt vom Pomm. Fuß.-Reg. Nr. 34, Böckel vom 6. Pomm. Inf.-Reg. Nr. 49 ist eingezogen vom 2. Pomm. Feld-Art.-Reg. Nr. 17, zu Sel.-Lts. beförder. v. Steckow, Sel.-Lt. vom 2. Brandenburg. Drag.-Regiment Nr. 12, der Abschied bewilligt.

= Der neuernannte Direktor der Kriegsschule, Generalleutnant Karl v. Villame ist am 8. März 1840 geboren, also 56 Jahre alt. Er trat 1859 bei der reitenden Abteilung des Garde-Feld-Artillerie-Regiments ein, wurde 1860 Sekonde-Lieut. und war von Mitte 1864 bis zur Beendigung des Krieges gegen Österreich Adjutant der 1. Abteilung. Dann besuchte er die Artillerieschule und wurde am 1. Juli 1869 Lehrer der Tafeln an der Artillerieschule. Den Krieg gegen Frankreich machte er als Preußen-Lieutenant beim Garde-Feld-Artillerie-Regiment mit, wurde im Oktober 1871 Hauptmann und trat wieder zur Artillerieschule zurück. Im Oktober 1873 kam er zum großen Generalstab, in dem er bis Frühjahr 1877 thätig war. Alsdann wurde er Major und erhielt die Erlaubnis, bei der russischen Armee dem Kriege gegen die Türkei beizuwollen. Im März 1878 kehrte er zurück und wurde, nachdem er ein Jahr beim Stabe der zwanzigsten Division thätig gewesen war, im Oktober 1879 Militärattaché in Rom. Von dort kam er 1882 zur Botschaft nach Paris, wo er 4½ Jahr blieb, um dann als Militärbevollmächtigter nach Petersburg zu gehen. Kurz zuvor war er zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt und erhielt während seines Aufenthalts in Petersburg 1883 erst den Charakter, dann das Patent als Oberst, 1889 den Rang als Brigadierskommandeur, 1890 die Beförderung zum Generalmajor und General à la suite des Kaisers. Im August 1892 wurde er von der Stellung als Militärbevollmächtigter entbunden und zum Kommandeur der zweiten Feld-Artillerie-Brigade in Stettin ernannt. Am 15. Mai 1894 wurde er zum Generalleutnant beförder und am 22. März 1895 zum Kommandeur der 7. Division ernannt.

Aus dem Gerichtsaal.

O. M. Aus dem Oberverwaltungsgericht. Eine Entscheidung von prinzipieller Wichtigkeit hätte soeden das Oberverwaltungsgericht in einem Rechtsstreit, welcher zwischen der Jagd-Gemeinschaft Bonst und der katholischen Kirchengemeinde basili schweid. Letztere, der die Brähende Quacine gehört, besitzt über 300 Morgen Grund und Boden. Dieser Grundbesitz besteht aus zwei Theilen; jeder Theil ist aber weniger als 300 Morgen groß. Nach dem Jagdpolizeigesetz vom 7. März 1850 ist zur eigenen Ausübung der Jagd auf seinem Grund und Boden der Besitzer nur besugt auf zusammenhängenden, durch kein fremdes Grundstück unterbrochenen land- und forstwirtschaftlich benutzten Flächenräumen von mindestens 300 Morgen; eine Trennung durch Wege oder Gewässer wird als Unterbrechung des Zusammenhangs nicht angesehen. Im vorliegenden Falle waren beide Flächen durch die Elisenbahn getrennt. Probst Schwab zu Bonst als Vertreter der Kirchengemeinde und Nutznießer der Länderei beantragte beim Kreisausschuss, die Jagdgenossenschaft verurtheilen zu wollen, anzuerkennen, daß der Grundbesitz der Kirchengemeinde ein selbständiges Jagdrevier bilde. Der Kreisausschuss wies jedoch die Klage zurück, da die beiden Theile des klägerischen Grundbesitzes sowohl durch das Bahnhofs-Grundstück, als auch

durch den Schienenweg getrennt würden; auch seien keine Übergänge vorhanden, die die Trennung beseitigen könnten. Gegen diese Entscheidung legte der Probst erfolgreich Berufung beim Bezirksausschuss Polen ein, welcher dem Antrage des Probstes gemäß erkannte. Die Entscheidung des Streites hängt von der Beantwortung der Frage ab, so führte der Bezirksausschuss aus, ob ein Schienenweg eine Trennung im Sinne des Jagdpolizeigesetzes bewirken könne. Diese Frage sei zu verniehen. Das angezogene Gesetz spreche schlechtin von Weg und unterscheidet nicht, ob der Weg öffentlich oder im Privatbesitz sei. Auch der Schienenweg sei zwiflos als Weg anzusehen; das frühere Obertribunal habe auch eine dahingehende Entscheidung getroffen. Demnach sei es belanglos, daß sich auf der fraglichen Bahnhofstrecke keine Übergänge befinden, da ein Schienenweg nie aufhöre, Weg zu sein. Auf die Revision der verlangten Genossenschaft hob das Oberverwaltungsgericht die Vorentscheidung auf und bekannte sich obwiegend von jener Entscheidung zu der Ansicht, daß der Bahnhofsvorwerker nicht als Weg im Sinne des Jagdpolizeigesetzes anzusehen sei. Es handelt sich hier um einen Landstreifen, auf dem ein Unternehmer einen den Personen- und Warenbeförderungszwecken dienenden Betrieb unterhält; er diene wohl Begezwecken, aber nur seinem Eigentümer, nicht anderen Personen. Mögen auch Übergangsgelegenheiten bestehen, so werde auch dadurch nichts weiter geändert.

Nekales.

Posen, 23. April.

n. Der Garten des Offizier-Casinos des Inf.-Regts. Nr. 47 wird nach dem freien Terrain am Kanonenplatz zu um ca. 25 Mtr. verbreitert.

n. Schiffahrt. Der Dampfer "Johann" traf heute Morgen mit fünf Kadinen im Schlepptau von Stettin kommend hier ein und legte am Verdichower Damm an.

n. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet: vier Bettler, eine Dirne und ein Schlossergeselle wegen Mißhandlung. Nach dem Aufbewahrungsbos von Cohn, St. Adalbert, geschafft wurde ein ohne Aufsicht aufgefundenes Spann.

Aus der Provinz Posen.

ch Rawitsch, 21. April. [Weite Lehrerprüfung Personalen. Amtseinführung.] Am heutigen Lehrerseminar begann gestern eine weite Lehrerprüfung, der sich 44 Lehrer, zumeist frühere Böglinge der genannten Anstalt, unterziehen. Die Prüfung wird voraussichtlich den größten Theil der Woche in Anspruch nehmen. — In Ostpol. dienten Kreises, ist eine Schule neu gegründet worden, an welche Lehrer Wanderlich berufen worden ist. — Der langjährige Lehrer der hiesigen Regimentskapelle, Mühlbriggen, hat seine Verlegung in den Ruhestand vom 1. Juli d. J. ab nachgesucht. Als Nachfolger ist ein Apotheker vom 128. Infanterie-Regiment aus Danzig designiert.

— Heute Vormittag saß in Anwesenheit geladener Gäste und Freunde der Anstalt die feierliche Einführung des zum Direktor des hiesigen Gymnasiums ernannten Dr. Kahl aus Bromberg in sein neues Amt stat.

O Lissa i. P. 21. April. [Louis Bieberfeld] ein hier in allen Kreisen wohlbekannter und sehr geachteter Kürschnermeister und Rauchwarenhändler hat bis jetzt 50 Jahre hindurch regelmäßig, im Ganzen 110 Mtl., die Leipziger Messe besucht. Aus Anlaß dieses seltenen Jubiläums ist Herr Bieberfeld von der Leipziger Handelskammer und vielen Geschäftsfreunden in Leipzig durch Glückwünsche erfreut worden. Auch eine Gratulation der Leipziger katholischen Gemeinde ging ein.

O Aus dem Kreise Lissa i. P. 21. April. [Schulhäusern. Darlehnsklassenverein. Kriegerverein.] In Garzyn, welcher Ort bis jetzt ohne eigene Schule war, wird gegenwärtig ein Schulhaus erbaut; auch in Dobrin, wo das alte Schulhaus schon sehr baufällig ist, ist man mit der Aufführung eines neuen zweiklassigen Schulhauses beschäftigt. Demnächst sollen auch ein neues katholisches Schulhaus in Bojanitz und ein evangelisches in Storczno erbaut werden. — Gestern hielt der Feuersteiner Darlehnsklassenverein zu Feuerstein eine Generalversammlung ab. In derselben wurde beschlossen, den Bürgern für Wehrdarlehen fortan von sechs auf fünf Prozent verabzulegen, für Hypothekendarlehen wurde der Zinsfuß auf 4% Prozent normirt. Das Betriebskapital für das laufende Jahr beträgt 60 000 Mark; der Höchstbetrag, der einem Mitgliede auf Wechsel geliehen werden darf, wurde auf 4500 Mark, der Betrag, welcher gegen hypothekarische Sicherheit verliehen werden darf, auf 9000 Mark festgesetzt. An Stelle des verstorbenen Vorstandesmitgliedes, Gottschmidt a. Fabianowski, wurde der Aktuarwirth G. May aus Feuerstein in den Vorstand gewählt. — Gestern hielt der Kriegerverein von Feuerstein und Umgegend in Feuerstein seine statutenmäßige Generalversammlung ab. In derselben wurde die Anschaffung einer Fahne endgültig beschlossen; dieselbe kostet 240 Mtl., wird von der Firma R. Herzog aus Berlin beschafft und soll am 10. August d. J. eingeweiht werden.

Δ Osterwick, 21. April. [Landwirtschaftliche Vereine.] In der letzten Sitzung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins sprach Herr Witt über die "Hastpflicht". Redner wies auf die zahlreichen Unfälle hin, die den Besitzer treffen könnten und bei denen er anderen Personen gegenüber haftpflichtig gemacht werden kann. Dagegen kann der Besitzer sich nur durch Versicherung schützen. Empfohlen wird die Versicherungsgesellschaft "Wilhelma" in Magdeburg. An Brämen sind zu entrichten für ein Dektar Ackerland 20 Pfennig, für ein Hektar Wiese, Wald, Heide, See u. s. m. 10 Pfennig. Wird dagegen die Versicherung in beschränkter Höhe abgeschlossen, so ermöglichen sich die Brämen um 20 Prozent. Die Gesellschaft ist bereits mit einer Anzahl landwirtschaftlicher Vereine Verträge eingegangen, bei denen sie den einzelnen Mitgliedern bedeutende Vorteile gewährt. Sie ist auch bereit, mit dem hiesigen Verein einen Vertrag abzuschließen. Daraufhin wurde beschlossen, mit der "Wilhelma" einen Vertrag einzugehen, wonach diese sich verpflichtet, den Mitgliedern des Vereins einen billigeren Brämenansatz, sowie Nachlass der Polizeigebühren zu gewähren, wohingegen der Verein sich verpflichtet, mit keiner anderen Gesellschaft einen derartigen Vertrag abzuschließen, und seinen Mitgliedern den Beitritt zur "Wilhelma" zu empfehlen. Der Verein ermächtigt den Vorstand zur Unterzeichnung der bezüglichen Schriftstücke.

F. Ostrowo, 21. April. [Vorschule. Personallen. Stadtvorordneten. Stichwahl.] Nachdem die Schulaufsichtsbehörde die Vorschule am hiesigen königl. Gymnasium zum 1. April er aufgehoben hatte, unternahm es der Gymnasialdirektor Dr. Beckaus auf Anregung mehrerer Familien, die Anstalt als ein Privatinstitut zu erhalten. Auf Grund dessen erließ er eine diesbezügliche Bekanntmachung im hiesigen Kreisblatte, wonach dieses Institut in gedachter Weise ins Leben treten soll, wenn die zur Unterhaltung der Lehrkräfte erforderliche Anzahl von Schülern zur Anmeldung gelangen sollte. Das Schulgeld sollte ein ermäßigtes sein. Das Projekt ist nunmehr verwirklicht, da bis jetzt 13 Schüler, also mehr als früher die Vorschule, diese Privatinstitut besuchen. Der Unterricht in derselben hat bereits begonnen. — Feldwebel Kornop, welcher vor einigen Monaten die Buchhalter- und Kontrollurkette an der hiesigen Kämmerer- und städtischen Sparkasse übernommen hat, tritt wieder in den aktiven Militärdienst zurück. Die mit 1800 M. dotierte Stelle wird demnächst wieder zur Aus-

schreibung gelangen. — Heute fand hier selbst die Stadtvorordneten-Stichwahl in der dritten Abteilung statt. Es standen sich drei polnische und drei deutsche Kandidaten gegenüber. Erste liegen in Folge der schwachen Beteiligung der Deutschen mit großer Majorität. Zu Ergänzung-Stadtverordneten wurden Dr. med. Szostakowski und Sattlermeister Stanislaus Smolowski und zum Glatz-Stadtverordneten Kaufmann L. Poturski gewählt. Die Stichwahl ist durch Proteste bisher hinaushalten worden. Es steht sicher abermals ein Protest gegen die Wahl zu erwarten, weil die Stichwahlen gemäß der Städte-Ordnung spätestens 8 Tage nach der Neuwahl und nicht nach 1½ Jahren erfolgen müssen.

Aus den Nachgebiets der Provinz.

* Stolp, 20. April. [Der Magistrat hat die Stadtvorordneten verklagt, weil sie auf seinen Antrag nicht eingehen wollten, wonach ein Bürger, der das Amt eines Armenpflegers nicht annehmen wollte, mit Verlust des Bürgerrechts auf 6 Jahre, sowie Erhöhung seiner Gemeinde-Einkommensteuer um ½ bestraft werden sollte. Die Stadtvorordneten haben sich zu ihrem Vertreter ihrenstellvertretenden Vorsitzenden einen Rechtsanwalt, gewählt.

* Görlitz, 22. April. [Duellwuth.] Sieben fei 5 Uhr wurden, wie der "N. G. A." berichtet, im Jägerwald zu Görlitz zwei Duelle ausgefochten. Das erste verlor unblutig. Das zweite, bei dem der eine Duellant derselbe, wie beim ersten war, fand unter schweren Bedingungen statt: zehn Schritte Distanz bis zur Kampfunfähigkeit. Gleich beim ersten Regelwechsel sank der Gegner des Doppel-Duellanten, in den rechten Oberschenkel getroffen, zu Boden. Der Andere schlug aber ebenfalls einen leichten Streitshand bekommen zu haben. Den Verletzten wurde sofort ein Verband angelegt; der am wenigsten Verletzte soll ein Arzt aus N. sein.

* Sagan, 21. April. [Zubelteiter des Gymna. heutum 8.] Das diesjährige katholisch: Gymna. beginnt heute den Tag, an welchem es vor 50 Jahren wieder zur Vollanstalt erhoben wurde, in festlicher Weise. Der Fremdenzusatz war ein recht debetender, denn die ehemaligen Schüler waren aus weiter Ferne herbeigekommen, um an der Feier teilzunehmen. Unter den Schülern und Lehrern befanden sich auch der Oberpräsident von Silesien, Fürst von Habsburg, und der Provinzial-Schulrat Metzger-Breslau. Die Stadt hatte reichen Flaggenbaum angelegt. Gestern Abend, als am Vorabend, fand seitens der Schüler des Gymna. ein Fackelzug statt, dem die Aufführung von Gedichten auf dem Ludwigplatz folgte. In Apollohalle vereint: man sich sodann zu einem Kommerz. Heute früh 9 Uhr fand in der Gadenstraße und der Gymna. Kirche Gottesdienst statt. Um 11 Uhr versammelten sich die Theologen am F. St. im Gymna. von wo aus unter Festausstattung der Stadtkapelle nach der neuen städtischen Turnhalle marschierte. Nach Vortrag einiger Lieder und Gedichte hielt Gymna. direktor Dr. Niebergall die Festrede. Hierauf hielt Oberpräsident, Fürst Habsburg, eine Ansprache, überreichte dem Direktor und dem Geistl. Rath Prof. Heinrich den Rothen Adlerorden IV. Kl. und machte die Ernennung des Professors Hartwig zum Rath IV. Klasse und des Oberlehrers Dr. Franz zum Professor bekannt. Eintritt von Neese und Olschau übermittelte die Glückwünsche des Regierungspräsidenten und der Kreisvertretung, Bürgermeister Büttel die der städtischen Behörden. Im Namen derselben übernahm er dem Direktor ein Legat von 1000 Mark, dessen Binsen alljährlich einem würdigen Schüler dieser Stadt zu Gute kommen sollen. Nachmittags fand ein Diner im Apollohalle statt, an welchem 172 Herren teilnahmen. Den Schluss des Festes bildet heute Abend ein Kommerz.

* Lübeck i. P. 21. April. [Louis Bieberfeld] ein hier in allen Kreisen wohlbekannter und sehr geachteter Kürschnermeister und Rauchwarenhändler hat bis jetzt 50 Jahre hindurch regelmäßig, im Ganzen 110 Mtl., die Leipziger Messe besucht. Aus Anlaß dieses seltenen Jubiläums ist Herr Bieberfeld von der Leipziger Handelskammer und vielen Geschäftsfreunden in Leipzig durch Glückwünsche erfreut worden. Auch eine Gratulation der Leipziger katholischen Gemeinde ging ein. — die ganze Kleidung bis auf das Hemd. In diesem Kostüm stand er mitten im Zimmer, als eine Dame hereinkam, die natürlich unangenehm überrascht zur Seite ging. Doch der Harmlose ließ sich dadurch nicht betrücken, trat vorne an die Dame heran und fragte sie, ob er nun wohl in das Sprechzimmer hineingehen solle? Dem seltsamen Auftritt machte der herzukommende Arzt ein Ende, welcher erklärte, daß ihm ein solcher Fall in seiner Praxis noch nicht vorgekommen sei.

Angekommene Fremde.

Posen, 23. April. Hotel de Rome. — F. Westphal. [Fernprech-Anschl. Nr. 108.] Die Rittergutsbesitzer v. Rauda a. Wilkowitza u. Frau Fund a. Lopienko, Blättermesser Bürger a. Alt-Damm, Hüttens-Inspektor Rose a. Rödigsbüttel, Rechtsanwalt Jahns u. Frau a. Gneke, die Kaufleute Szamatowski, Hagerer, Baumann, Biehler, Borsdorff, Rosenthal, Schöner u. Sander a. Berlin, Meinhold, Friedländer u. Friedmann a. Breslau, Müller a. Amsterdam, Benzle u. Thiele a. Dresden, Fahr a. Leipzig, Götz a. Görlitz, Böttcher a. Hönstein, Morkramer a. Rheydt, Thalheim a. Düsseldorf, Roth a. Sonnenberg u. Sitz a. Mannheim.

Mylus Hotel de Dresden (Fritz Bremer). [Fernprech-Anschl. Nr. 16.] Die Rittergutsbesitzer v. Egan a. Słozewo u. Frau Fehlau mit Fam. a. Kazmierz, die Fabrikanten Beyer a. Berbitz u. Lesbon a. Odessa, Bankier Isaacson a. Berlin, Konzertänger Hinzenmann u. Konzertänger Hil. Thomas a. Berlin, die König. Domfängerkuhr u. Schimmel a. Berlin, Tourist Zinc a. Granada, Fabrik-Direktor Ludwig a. Wien, die Kaufleute Rosenthal u. Bleister a. Berlin, Ruttman a. Hamburg u. Kahn a. Gratzburg.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer v. Wize a. Dziedarow, v. Chodnicki u. Frau a. Berndt, v. Blekiewicz a. Baranowo, v. Chrzanowski a. Ostrowo, v. Kurnatowski a. Muirk, v. Donimirski u. Frau a. Houndsdorf, v. Chodnicki a. Kallisch, Frau v. Rödyska u. Tochter a. Weißpreußen, Frau v. Radojewskia u. Tochter a. Janowice, Frau v. Cichoszewski u. Tochter a. Mamoty, Frau v. Kowalewska a. Russ-Polen, v. Scinstki a. Frau a. Grzymkiewicz u. Kolinstki a. Krakau, die Kaufleute Cohn a. Russ.-Polen u. Lichmann a. Kaim, Oberlehrer Dr. Groch a. Nürnberg u. Dr. Benda a. Krakau.

Hotel Victoria. [Fernprech-Anschl. Nr. 86.] Die Kaufleute Krull a. Hamburg, Schreiter u. Schlesinger a. Breslau, Freymann a. Frankfurt a. M. u. Weißheit a. Bittau, Gleigleibesitzer Schwerenz a. Noworazlaw, prakt. Arzt

